



Binswanger

Hat die Demokratie eine Zukunft?

Rund um die Welt stehen Wahlen an – mit offenem, potenziell desaströsem Ausgang. Wir sollten dem, was kommt, sehr nüchtern in die Augen blicken.

Von [Daniel Binswanger](#), 06.01.2024

Es kommt vor, dass Jahresausblicks-Kommentare nicht euphorisch sind. Ängste aufgrund eines *clash of civilisations*, der Finanzkrise, der Eurokrise, der Ungleichheit, des Klimas, des Rechtspopulismus, der Pandemie, der Kriege im europäischen und jetzt im Nahen Osten: Seit der letzten Jahrtausendwende hat es an Gründen für rabenschwarzen Pessimismus eigentlich selten gefehlt.

Die Aussichten auf das kommende Jahr könnten trotzdem das alles noch einmal toppen: «Kann die Demokratie 2024 überleben?», [fragt zum Beispiel](#) die «Financial Times» nun ganz im Ernst. Sicher, es ist ein reisserischer Titel. Aber nur rhetorisch ist die Frage nicht.

Denn zwei Tatsachen sind unbestreitbar.

Erstens: 2024 wird [ein Super-Wahljahr](#), mit Urnengängen rund um den Globus, die den Gang der Geschichte tatsächlich tiefgreifend verändern könnten. Rund 2 Milliarden Menschen, die Hälfte der Weltbevölkerung im Erwachsenenalter, werden dieses Jahr zur Wahl aufgerufen sein, in Ländern wie Indien, Indonesien oder Mexiko, die eine demokratische Staatsform haben, aber gegen autoritäre Tendenzen und Verstösse gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit alles andere als gefeit sind – heute noch sehr viel weniger als vor zehn oder zwanzig Jahren.

Es wird aber auch gewählt im Vereinigten Königreich, den USA und für die Europawahlen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. An die Urne gehen also auch Länder, die sich nicht nur zu den Wiegen, sondern zu den Schutzmächten des demokratischen Verfassungsstaates zählen – in denen heute die Demokratie aber häufig nicht minder bedroht erscheint als in den «Schwellenländern».

Wer kann ausschliessen, dass Donald Trump wieder zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wird? Und wie wäre eine zerstörendere Niederlage für die fast 250-jährige Geschichte der amerikanischen Demokratie überhaupt vorstellbar, als wenn es dem Ex-Präsidenten trotz eines Putschversuchs und der Eröffnung zahlreicher Strafverfahren gegen seine Person erneut gelingen würde, die Wahlen für sich zu entscheiden?

Zweitens: Dass dieses demokratiegeschichtliche Worst-Case-Szenario nicht unplausibel ist, hat auch damit zu tun, dass sich die Demokratie rund um den Globus schon länger in einem besorgniserregenden Zustand befindet. Die «Financial Times» beruft sich mit ihrem Neujahrspessimismus auf den Demokratie-Report 2023 des V-Dem Institute, einer Forschungsstätte der Universität Göteborg, die alljährlich den Entwicklungsstand des Demokratisierungsprozesses in sämtlichen Staaten rund um den Globus nachzeichnet.

Die Bilanz ist nicht ermutigend: Gemäss V-Dem Institute ist der globale Demokratisierungsgrad 2022 zurückgesunken auf den Stand von 1986 – also noch vor dem Mauerfall. Noch immer gibt es Länder, in denen die Demokratisierung voranschreitet, aber ihre Zahl nimmt ab. Viel grösser geworden ist hingegen die Zahl der Länder, in denen autokratische Tendenzen dominanter werden. 72 Prozent der Weltbevölkerung lebten 2022 in Ländern, die nicht als demokratisch zu bezeichnen sind, ein Trend, der sich 2023 noch einmal verstärkt hat. Auch beim Entwicklungsgrad und beim wirtschaftlichen Gewicht legen die Autokratien zu: Sie generieren inzwischen 46 Prozent des globalen Bruttoinlandprodukts und dominieren den Welthandel. Sie dürften mit ihrem ökonomischen Output die demokratischen Staaten schon bald überholen.

Die demokratische Regression ist massiv, langfristig, weltumspannend. Die Frage, ob sie sich 2024 so dramatisch verschärft, dass wir einen historischen Kippunkt überschreiten, stellt sich in der Tat.

Was tun? Defätismus ist nicht angezeigt, auch deshalb, weil globale Gross-trends über den Ausgang einzelner Urnengänge nichts aussagen müssen – wie letztes Jahr die Wahlen in Spanien und in Polen erfreulicherweise gezeigt haben. Doch wir sollten uns zunächst einmal mit Nüchternheit wappnen.

Eine exzellente Möglichkeit, das zu tun, bietet ein neues Grundlagenwerk des in Darmstadt lehrenden Politologen Veith Selk. Das Buch trägt den Titel «Demokratiedämmerung» und erörtert mit beeindruckender analytischer Schärfe, ob wir nicht ins Auge fassen müssen, dass die heutige gesellschaftliche Entwicklung die demokratische Herrschaftsform schlicht dysfunktional werden lässt.

Was ist, wenn die überall beklagte Demokratiekrise nicht ursächlich zurückgeführt werden kann auf die zunehmenden Angriffe durch den Rechtspopulismus und den Rechtsradikalismus, sondern mit fundamentalen gesellschaftlichen Transformationen zu tun hat, die uns die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Demokratie mit Skepsis betrachten lassen sollten?

Selk geht aus von einer «Devolution der Demokratie», das heisst von einer Evolution der gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Demokratie nicht befördert, sondern im Gegenteil zwangsläufig immer problematischer, immer delegitimierter und längerfristig vielleicht auch nicht mehr praktikabel werden lässt. Er sieht vier Entwicklungstendenzen, die in diese Richtung weisen: «Die Politisierung der Gesellschaft, die Zunahme politischer Kom-

plexität und Differenzierung, die Entstehung einer Kognitionsasymmetrie in der Bürgerschaft sowie das Ende des politökonomischen Befriedigungsmodells des demokratischen Kapitalismus.»

Was ist damit gemeint?

Die Politisierung der Gesellschaft besagt zunächst, dass in modernen Gesellschaften alles politisch werden kann, wie wir spätestens seit 1968 wissen, auch das Allerprivateste. «Die Evolution der modernen Gesellschaft lässt den Bestand an fraglos gültigen Traditionen und Institutionen, und damit den Bestand an traditionaler Legitimität als Stabilisierungsquelle, stetig schrumpfen.» Weil sich die Lebensformen individualisieren und gesellschaftliche Konventionen keine selbstverständliche Gültigkeit mehr in Anspruch nehmen können, müssen sie in immer grösserem Mass politisch ausgehandelt werden. Das betrifft immer zahlreichere Konventionen: wie wir reisen, wie wir essen, wie wir reden, wie wir unsere Geschlechtsidentitäten auffassen, wie wir den Müll trennen.

Grundsätzlich ist das eine enorm positive Entwicklung, denn sie eröffnet Gestaltungsmöglichkeiten. Nur was politisiert wird, hat keine fraglose Geltung mehr und muss deshalb nicht mehr einfach hingenommen werden. Es ist aber auch eine enorme Herausforderung, denn es auferlegt Gestaltungszwang. Und es schafft die Drohung eines wachsenden Legitimitätsdefizits.

Dieses Defizit entspringt unter anderem der Tatsache, dass «im Zug der intensivierten Politisierung von Demokratien auch deren Verfahren selbst politisch werden». Zur Basis einer funktionierenden Demokratie gehört es, dass sie gemäss der berühmten Formel von Niklas Luhmann «Legitimation durch Verfahren» erzeugen kann. Dass zum Beispiel eine Amtsträgerin deshalb allgemein anerkannt wird – auch von ihren politischen Gegnern –, weil sie durch ein geregeltes Verfahren von freien Wahlen bestimmt wurde. Oder dass auch ein umstrittenes Gesetz als legitim gilt, weil es von einer Mehrheit in einem geregelten parlamentarischen Prozess beschlossen wurde.

Aber was, wenn das Wahlverfahren selbst plötzlich angezweifelt und politisch umstritten wird, wie wir das nun in den USA sehen? Oder wenn ein Referendum über ein Gesetz keine generelle Akzeptanz mehr schafft, weil die Landesregierung zu der Vorlage nicht korrekt informiert? Oder wenn bei einem politischen Konflikt gar nicht klar ist, wer die Autorität hat, über eine Frage zu entscheiden, beispielsweise zu bestimmen, ob der Genderstern benutzt wird oder nicht? Dann können demokratische Verfahren keine Legitimation mehr schaffen: ein Defizit, das mit der immer umfassenderen Politisierung tendenziell ständig zunimmt.

Zusätzlich verstärkt wird diese Entwicklung durch den Medienwandel. Aufgrund der digitalen Medienrevolution, die zu starker Beschleunigung und Polarisierung führt, ist die öffentliche Meinung «in einem höheren Masse ein Politisierungsgenerator und in geringerem Masse Legitimationsspender». An die Stelle des Verfahrens tritt der Shitstorm. Damit gerät schliesslich auch die Legitimität der demokratischen Prozesse unter Druck.

Auch die zweite von Selk benannte Entwicklungstendenz hat diesen Effekt: Die «politische Komplexität und Differenzierung» nimmt zu aufgrund der Multiplikation der potenziell relevanten Verwaltungsebenen und Entscheidungsinstanzen, der zu berücksichtigenden Parameter sowie der in Entscheidungsprozesse miteinbezogenen Stakeholder. Die Gesellschaft wird diverser und pluralistischer, was fraglos eine Errungenschaft

darstellt. Sie wird dadurch aber auch komplexer und unübersichtlicher. Die Politik ist gar nicht mehr in der Lage, für Übersicht und Einfachheit zu sorgen, sondern muss sich damit begnügen, die sozialen Bedingungen zu replizieren: Sie wird ihrerseits komplex und unübersichtlich. Das erzeugt ein Problem, nicht auf der Ebene der grundsätzlichen Legitimität, sondern der empfundenen Effizienz des Regierungshandelns. «Überspitzt ausgedrückt: Alles ist politisch geworden, aber nichts wird mehr gut regiert», schreibt Selk.

Und dieses Gefühl nimmt zu mit der dritten Entwicklungstendenz: der zunehmenden «Kognitionsasymmetrie». Das heisst der Tatsache, dass bestimmte Gruppen innerhalb des Gemeinwesens ein sehr viel geringeres politisches Wissen haben als andere. Es ist ein ewiges Problem der Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen der Demokratie: Sie ist angewiesen auf Stimmbürgerinnen mit politischem Bewusstsein und einem minimalen Informiertheitsgrad. Fast mehr noch: Sie ist auch darauf angewiesen, dass diese Informiertheit mit einem Mindestmass an Homogenität über die ganze Bürgerschaft verteilt ist. Wenn die Asymmetrie zu krass wird, ergibt sich ein massives Macht- und Einflussgefälle zwischen den gut informierten und den nicht informierten Bevölkerungsgruppen. Genau das ist jedoch, wie sich in empirischen Untersuchungen immer wieder von neuem erweist, was in allen Demokratien bis heute vorliegt. Ohne dass es heute noch Aussichten auf eine Verbesserung gäbe, die so tiefgreifend wäre, dass sie zum Gamechanger würde.

In den hohen Zeiten der sozialen Marktwirtschaft und der Bildungsexpansion bestand die Hoffnung, dass mit zunehmender Akademisierung breiterer Bevölkerungsschichten auch die politische Bildung sehr vieler Bürgerinnen verbessert würde. Dieser Fortschrittsoptimismus gehörte zum Kernbestand der sozialdemokratischen Glaubenssätze. Heute scheint evident, dass sich die politischen Bildungsbemühungen einer oberen Grenze nähern, auch für die politische Bildung dürfte diese erreicht worden sein.

Zusätzlicher Staatskundeunterricht wird heutige Demokratien deshalb kaum mehr signifikant konsolidieren, nur schon deshalb, weil ein bedrückend hoher Anteil der erwachsenen Bevölkerung aus funktionalen Analphabetinnen besteht und weil die News-Deprivation weiter zunimmt. Die kognitive Asymmetrie verunmöglicht politische Teilhabe und zementiert eine undemokratische Machtasymmetrie. Sie führt schliesslich zur Ablehnung des als elitär empfundenen demokratischen Systems.

Als vierte Entwicklungstendenz, die beiträgt zur Demokratie-Erosion, diskutiert Selk «das Ende des politökonomischen Befriedigungsmodells». Er entwickelt einen Begriff des «demokratischen Kapitalismus», der in den gesegneten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg als die welthistorisch erfolgreichste gesellschaftliche Integrationsmaschine gelten konnte. Damals trug das Versprechen einer besseren Zukunft für alle. Nach vierzig Jahren «Neoliberalismus» stehen wir heute an einem völlig anderen Punkt: «Es wird deutlich, dass die Friedensformel des demokratischen Kapitalismus als einer politökonomischen Befriedigungsinstitution (...) nicht länger gültig ist – ebenso wenig wie das Versprechen einer besseren Zukunft für die gesamte Bürgerschaft. Die soziale Hoffnung schwindet und die Phase des demokratischen Kapitalismus geht ihrem Ende entgegen.»

Worauf bewegen wir uns stattdessen zu? Selk diskutiert verschiedene Prognosen, zum Beispiel die Theorie des amerikanischen Ökonomen Joel Kotkin, der stipuliert, dass wir uns im buchstäblichen Sinn auf einen «Neo-Feudalismus» zubewegen, in dem die Macht sich in den Händen der globalen Plutokratie konzentrieren und dem demokratischen Verfassungs-

staat längerfristig jede Basis entziehen wird. Die These einer buchstäblichen Wiederkehr des Feudalismus mag überzogen sein, so Selk. Für die Zukunft der Demokratie relevanter ist jedoch die Tatsache, dass niemand mehr an den universellen sozialen Fortschritt glaubt, der das Fundament unserer demokratischen Nachkriegsgesellschaften gewesen ist.

Es wird wohl weiterhin viele Gewinner geben, wie Selk mit dem Soziologen Andreas Reckwitz unterstreicht: gut ausgebildete *professionals*, denen die Globalisierung nie da gewesene Chancen eröffnet. Diesen stehen jedoch die Verlierer gegenüber, eine prekarierte Unter- und eine abstiegsbedrohte Mittelschicht. Das Absterben des Fortschrittsglaubens lässt die Demokratie schliesslich an ihrer fundamentalsten Herausforderung scheitern: «Folgenreich ist das Ende des demokratischen Kapitalismus (...) in legitimatorischer Hinsicht, denn die demokratischen Regime erscheinen (...) zusehends als ungerecht.»

Was Selk vorträgt, ist eine gnadenlose Gegenwartsdiagnose, die nicht erfreulich, aber ungeheuer luzid ist. Sein Buch entwickelt noch viele weitere Themen, etwa, weshalb die Strategien, mit denen heutige Demokratien auf ihre Legitimitätsdefizite reagieren, nur begrenzt Erfolg versprechend sind und weshalb die politologische Demokratietheorie in einer Rolle als Legitimierungswissenschaft gefangen bleibt.

Doch Gott sei Dank: Sein demokratiepolitischer Pessimismus erscheint stellenweise als ein wenig gar apodiktisch. Weshalb soll es ausgemacht sein, dass die Demokratie nicht zurückfinden kann zu einem gesamtgesellschaftlichen Vertrag – zu einem Fortschrittsversprechen für alle? Warum soll gerade in unserer so instabilen, von zahlreichen Disruptionen bedrohten Epoche ausgeschlossen werden, dass die «Zeitenwende», von der etwa der deutsche Bundeskanzler spricht, nicht auch dazu führt, dass sich der «geopolitische Umstrukturierungsprozess auf eine politökonomische Umkehr» erstreckt – eine These, die Selk selbst in den Raum stellt?

Man sollte diese Analyse lesen, so wie man sich eine Covid-Impfung verpasst. Um den Geist vorzubereiten auf die Pandemie der demokratischen Regression. Um die Fragen zu analysieren auf der fundamentalen gesellschaftlichen Ebene, auf der sie sich tatsächlich stellen. Um die Dimensionen der Herausforderung zu verstehen – und was es schliesslich bedeuten würde, wenn wir nicht auf ihrer Höhe sind.

Es gibt gesamtgesellschaftliche Tendenzen – und es gibt in einem jeweils spezifischen Kontext, unter jeweils eigenen politischen Bedingungen, den konkreten Urnengang, der im Guten wie im Schlechten über so ungeheuer viel entscheiden kann. Das gilt von den deutschen Landtagswahlen, den Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich, den Europawahlen – und den amerikanischen Präsidentschaftswahlen. 2024 muss nicht nur Schlechtes bringen.

Illustration: Alex Solman